

kehrsregeln für die Finanzmärkte und Arbeit an einer globalen Finanzverfassung. Sie sorgt für Recht und Ordnung auf den Arbeitsmärkten, fördert gute Arbeit und setzt dem vom Steuerzahler subventionierten Lohndumping Grenzen. Ordnungspolitik für unsere Zeit überschreitet die Grenzen des nationalen Rechts. Die Europäische Union ist dabei unsere wichtigste politische Kraft. In ihr muss die Sozialunion mit gleicher Rechtskraft neben die Wirtschafts- und Währungsunion treten. Für die internationale Zusammenarbeit müssen wir die G8 erweitern, damit die Schwellenländer – und unter ihnen neben den großen wie Brasilien, China, Indien, Mexiko auch die aufstrebenden Nationen

mit muslimischer Bevölkerung wie die Türkei oder Indonesien – Partner in der globalen Verantwortung werden.

Nicht alle in der SPD haben Helmut Schmidt immer geliebt. Einige, selbst aus unserer Partei, haben sogar versucht, ihm abzusprechen, ein Sozialdemokrat zu sein. Heute ist die Sozialdemokratie vereint in Dankbarkeit und Stolz auf Helmut Schmidt. Sie hat ihm auf dem Parteitag in Hamburg stehend applaudierend gedankt und ich bin ihm, der mich bei meiner Nominierung zum Kanzlerkandidaten der SPD für das Amt des Bundeskanzlers durch seine Anwesenheit ganz besonders unterstützt hat, auch persönlich mehr als dankbar: Sein Rat ist mir unverzichtbar!

*Oliver Thränert*

## Europas Liebling

### Obama und die transatlantischen Beziehungen

*Mit dem neuen US-Präsidenten, der im Januar 2009 ins Weiße Haus einziehen wird, verbinden sich in Deutschland viele Hoffnungen. Doch der außenpolitische Aufgabenkatalog Obamas ist lang, während zugleich die Macht Amerikas schwindet. Die wichtigste Nachricht ist jedoch: Hier ist ein US-Präsident, der mit Europa zusammenarbeiten will.*

Die außergewöhnliche Stellung Amerikas in der Welt beruht auf drei Pfeilern: Wirtschaft, Militär und *Soft Power*, also seiner Attraktivität als Gesellschaft. Alle drei Pfeiler sind in acht Jahren George W. Bush brüchig geworden. Das lag jedoch nur zum Teil an seiner schlechten Politik. Ausschlaggebend waren daneben globale Veränderungen. Der Einfluss Chinas oder auch Indiens ist gewachsen, während sich Russland aufgrund neu gewonnener Stärke zurückgemeldet hat. Hinzu kommen die Globalisierung der Finanzmärkte, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, die umfassenden terroristischen Herausforderungen und sich weiter verschärfende



**Oliver Thränert**

(\* 1959) ist Senior Fellow im Deutschen Institut für Internationale Politik und Sicherheit (SWP) in Berlin.

[oliver.thraenert@swp-berlin.org](mailto:oliver.thraenert@swp-berlin.org)

globale Probleme wie die Energiesicherheit und der Klimawandel. Kurzum: Sollte es den »unipolaren Moment«, wie er von neo-konservativen US-Autoren gepredigt wurde, je gegeben haben, so ist dieser vom Strudel der Weltgeschichte längst hinweggeschwemmt worden. Amerika bleibt der

mächtigste Akteur auf der Weltbühne, aber es ist nicht in der Lage, das Bühnenbild allein in seinem Sinne zu gestalten oder gar den anderen Spielern ihre Rollen vorzuschreiben.

### **Amerikas Macht ist geschwunden**

Nichts verdeutlicht den relativen Machtverlust der USA besser als die Weltfinanz- und Wirtschaftskrise. Unzählige amerikanische Familien haben in ihrer Folge Haus und Hof verloren. Der Staat sah sich zum Eingreifen gezwungen und muss nun das höchste Haushaltsdefizit in der amerikanischen Geschichte verzeichnen. Amerika als wirtschaftliches Vorbild hat seine Strahlkraft eingebüßt. Mehr noch: Da China über die mit Abstand größten Dollarreserven verfügt, hat sich Washington in Abhängigkeit von seinem politischen Rivalen Peking begeben.

Auch militärisch wurden Amerika die Grenzen aufgezeigt. Sein Verteidigungshaushalt und seine gesamte Militärmaschine werden noch lange Zeit in Art und Umfang für andere Länder unerreichbar bleiben. Doch haben sowohl der Irak-Krieg als auch der Militäreinsatz in Afghanistan deutlich gemacht, wie wenig Washington mit seinen Streitkräften erreichen kann. Schließlich ist die gesellschaftliche Vorbildfunktion Amerikas als Hort der Freiheit und Demokratie angekratzt. Hier hat sich die Bush-Administration am meisten schuldig gemacht, indem sie mit den Halbwahrheiten, mit denen sie den Irak-Krieg begründete, mit Guantanamo und *Waterboarding* selbst amerikanische Werte mit Füßen trat.

Zugleich ist gerade auf dem Feld der *Soft Power* vom neuen Präsidenten Obama der deutlichste Wandel zu erwarten. Mit seinem sympathisch-einnehmenden Wesen ist er im Stande, das Ansehen Amerikas in der Welt wiederherzustellen.

### **Obamas Ziele**

Obama hat angekündigt, Guantanamo zu schließen. Er will sich weltweit für die Menschenrechte einsetzen. Die sich immer weiter auftuende Lücke zwischen Arm und Reich gelte es zu reduzieren, wobei der neue Präsident nicht zuletzt wegen seiner Herkunft einen Schwerpunkt auf Afrika legen wird.

All dies wird jedoch überragt vom wichtigsten außenpolitischen Ziel, das sich Obama gesetzt hat, nämlich den Irak-Krieg, den nach seiner Ansicht größten Fehler Bushs, zu beenden. Der größte Teil der amerikanischen Kampftruppen soll so schnell wie möglich nach Hause gebracht werden. Obama bewahrt sich jedoch insofern Flexibilität, als er den Abzug unterbrechen möchte, sofern dieser wieder zu einer Zunahme von Gewalt im Irak führte. Ohnehin sollen geringe US-Streitkräftekontingente im Zweistromland verbleiben, um *Al Qaida* zu bekämpfen, US-Einrichtungen zu schützen und irakische Truppen auszubilden. Washington dürfte also auch unter Obama noch eine ganze Weile im Irak präsent bleiben.

Im Zentrum der Außen- und Sicherheitspolitik Obamas wird daneben – wie auch bei Bush – der Kampf gegen den internationalen Terrorismus stehen. Unmissverständlich hat der neue Präsident während des Wahlkampfes deutlich gemacht, dass es unbedingt gelte, die Taliban ebenso niederzuringen wie *Al Qaida*. Dies ist insofern verständlich, als Amerika die erste Zielscheibe für Terroristen bleibt. Problematisch erscheinen aber Obamas Äußerungen hinsichtlich Pakistans. So will der neue Mann im Weißen Haus offenbar nicht davor zurückschrecken, auch größere militärische Anti-Terroroperationen auf pakistanischem Boden durchzuführen. Dies könnte eher zu einer Konflikteskalation beitragen. Der Zentralregierung in Islamabad könnten die Zügel noch weiter entgleiten – eine Entwicklung,

die angesichts des pakistanischen Atomwaffenbesitzes von niemandem gewollt sein kann.

Im Kontext der Terrorbekämpfung ist auch die Dringlichkeit zu sehen, mit der Obama die Sicherung von Atomwaffen und nuklearem Material vor Terroristen und »Schurkenstaaten« (ja, auch Obama benutzt diesen Begriff!) verfolgen will. Obama beabsichtigt darüber hinaus zur von Bush vernachlässigten atomaren Abrüstung und Rüstungskontrolle zurückzukehren und dadurch das nukleare Nichtverbreitungsregime zu stärken. Dies ist auch dringend erforderlich und liegt ganz auf seiner von den europäischen Partnern befürworteten Linie, internationale Organisationen und Regime wieder ernster zu nehmen. Doch Obama hat sich noch weitergehende Ziele gesetzt: er will Kernwaffen ganz abschaffen. Damit nimmt er eine parteiübergreifende Debatte auf, die in

Amerika – in Deutschland leider weitgehend unbemerkt – erhebliche Fahrt aufgenommen hat. Obama wird dieses Ziel als Präsident wohl nicht erreichen, doch es ist fest davon auszugehen, dass er schon bald mit Russland Verhandlungen über weitgehende nukleare Abrüstungsschritte aufnehmen wird.

Die atomaren Gefahren ernst zu nehmen bedeutet aus der Sicht des neuen Präsidenten aber auch, Iran den Zugang zu Kernwaffen zu verwehren. Dies sei für die nationale Sicherheit der USA vital. Wer Amerika kennt, der weiß, dass es als vital eingestufte Interessen notfalls auch unter Anwendung militärischer Gewalt verteidigt. Ob es tatsächlich zu einem Krieg gegen Iran kommt – einzelne Luftschläge dürften kaum ausreichen – ist gegenwärtig schwer abzuschätzen. Zunächst will Obama aber den diplomatischen Weg weiterverfolgen und den direkten Kontakt mit der

iranischen Führung suchen. Sollte diese sich weiter halsstarrig zeigen, werden die USA schärfere Sanktionen auch unabhängig von Beschlüssen des UN-Sicherheitsrates anstreben und von den europäischen Verbündeten erwarten, dass sie sich dem anschließen.

### **Mehr Verantwortung für Amerikas Partner**

Im Angesicht des eigenen Machtverlustes vollzog sich schon während der Bush-Jahre ein Wandel. Die anfänglichen Alleingänge und manch üble Ruppigkeiten gegenüber Freunden und Partnern haben schon nach Bushs Wiederwahl 2004 der Einsicht Platz gemacht, dass die enge Zusammenarbeit mit Gleichgesinnten unumgänglich ist. Die »Bush-Revolution«, die in ihrem Kern besagte, dass im Kampf gegen die neuen Gefahren des 21. Jahrhunderts kaum Rücksichten auf Alliierte wie auch internationale Organisationen notwendig sind, ist längst zum Erliegen gekommen. Washington kehrte, wenn auch zögerlich, auf den Pfad der diplomatischen Tugend zurück. Beispiele hierfür sind die Zusammenarbeit mit Europa sowie Russland und China bei dem Bemühen, iranische Kernwaffen zu verhindern sowie das amerikanische Engagement im Rahmen der Sechs-Parteien-Gespräche, um Nordkorea zu einer Abkehr von seinem Atomkurs zu bewegen.

Obama wird diesen Trend beschleunigen. Er ist sich darüber bewusst, wie sehr Amerika internationale Unterstützung benötigt. Obgleich Obama nicht gerade als Europa-Experte gelten kann – erst während seines Wahlkampfes besuchte er erstmals den alten Kontinent – kann man seinen vor der Berliner Siegessäule ausgesprochenen Worten durchaus Glauben schenken, wonach Amerika keinen besseren Partner habe als Europa. Und auch umgekehrt gilt: der neue Präsident genießt

in der alten Welt einen gewaltigen Vertrauensvorsprung. Während sein Vorgänger Bush anlässlich seines letzten Deutschlandbesuchs geradezu versteckt werden musste und von Berlin ferngehalten wurde, jubelten Obama nur wenige Tage später die Massen mitten in der deutschen Hauptstadt zu. Doch Vorsicht: Auch Obama geht es nicht um einen Kuschelkurs mit Freunden, sondern darum, die Führungsrolle der USA zu bewahren. Und engere Zusammenarbeit heißt für ihn vor allem eines: Gerechtere Lastenteilung.

Nirgends wird dies in den kommenden Jahren deutlicher werden als in Afghanistan. Dieses Land ist für Obama die zentrale Front im Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Dieser dürfe auf keinen Fall verloren werden. Daher will Obama die amerikanische Truppenpräsenz deutlich erhöhen und erwartet dies auch von den NATO-Partnern. Darin besteht die erste bevorstehende Zerreißprobe für die Atlantische Allianz, sind doch nicht nur die Deutschen skeptisch gegenüber einer Erhöhung des militärischen Engagements in Afghanistan.

Die zweite große Zerreißprobe betrifft den Fortgang der NATO-Erweiterung sowie die Politik gegenüber Russland. Obama steht der Aufnahme Georgiens und der Ukraine offen gegenüber. Auch viele osteuropäische Allianzpartner sind im Prinzip dafür, während zugleich alte NATO-Länder, darunter Deutschland, zögern. Soll man den russischen Bären noch weiter reizen? Oder ihm zugestehen, dass er auf Kosten der Interessen seiner Nachbarn wieder Imperium spielen darf? Das ist die Gretchenfrage, auf die die NATO eine gemeinsame Antwort finden muss. Dazu muss man aber zuvor klären, inwiefern Moskau noch Partner oder schon wieder Gegner ist.

Die Antwort auf diese Frage steht ebenso aus wie noch ungeklärt bleibt, wie Amerika und seine Partner ihre künftigen Beziehungen zur aufsteigenden Groß-

macht China gestalten wollen. Nicht auszuschließen ist, dass gerade mit einem Präsidenten Obama Washington und Peking nicht zuletzt wegen Interessengegensätzen in Afrika zunehmend aneinander geraten.

Der 44. Präsident der USA erbt von seinem Vorgänger ein prall gefülltes außenpolitisches Aufgabenbuch. Zugleich sind Amerikas Pfeiler der Macht weniger

tragfähig als früher. Obama wird sie also stabilisieren müssen. Ihn dabei zu unterstützen liegt im deutschen und europäischen Interesse, denn ein Amerika, das sich auf sich selbst zurückzieht, würde die Welt wohl zu einem noch gefährlicheren Platz machen. Der Vertrauensvorsprung auf beiden Seiten des Atlantiks ist groß – mögen sich die Partner nicht gegenseitig enttäuschen.

*Gert Weisskirchen*

## **Etwas unerhört Neues fängt an**

### **Wie links ist Obama?**

*Barack Obama hat das Herz der Macht erobert. Wie wird er gebrauchen, was er gewonnen hat? Welche Normen werden sein Handeln leiten? Getragen wird er von einer Wählerschaft, wie sie allein in außergewöhnlichen historischen Momenten stark mobilisiert werden kann. Welche Gründe haben Menschen bewegt, sich für ihn zu entscheiden? Warum haben seine Botschaften den Kern dessen erreicht, was die Mehrheit von ihrem künftigen Präsidenten erwartet?*

Joe Klein bewertet in der *Time* den Sieg Obamas als ein Referendum über die Ära, die mit Ronald Reagan begonnen hatte. Die treibende Idee des frisch gewählten Präsidenten sei, und so zitiert er ihn selbst, einen »Sinn wieder herzustellen, dass wir die Wirtschaft von unten aufbauen und nicht von oben. Das ist der alles überragende philosophische Wandel, den wir durchsetzen müssen«. Mit John McCain hat das alte, unilaterale Amerika verloren, das angebotsorientierte, das deregulierende. Im Wahlakt spiegeln sich die Absagen an das gesellschaftliche Auseinanderdriften der – »dis-united« – USA, das soziale Absinken größer werdender Teile der Bevölkerung, die wachsende Sorge vieler Menschen vor der ungewissen Zukunft ihrer Kinder.

Schon mit dem Beginn des Wahlkampfes schlug Obama den Generalbass seiner Botschaft an. Er überzeugte, weil er die



**Gert Weisskirchen**

(\* 1944) MdB, ist seit 1999 außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und seit 2005 persönlicher Beauftragter des OSZE-Vorsitzenden zur Bekämpfung des Antisemitismus.

[gert.weisskirchen@bundestag.de](mailto:gert.weisskirchen@bundestag.de)

Sorgen der Menschen direkt ansprach: Wie soll die Wirtschaft der Zukunft aussehen, wie das Gesundheitswesen, wie Bildung und Erziehung? John McCain aber blieb der Gefangene der neo-konservativen Ideologie. Am Ende versuchte er seinen politischen Gegner als »Sozialisten« zu brandmarken, um die Niederlage verzweifelt abzuwenden. Wieder aufleben sollte die Rebellion der Reagan-Ära. Sie hatte sich aufgebäumt gegen die Offenheit der Kennedy-Ära, gegen das Verlangen nach Freiheit, gegen den Willen zur Gleichberechtigung,